

**Zeitschrift:** Schweizer Spiegel  
**Herausgeber:** Guggenbühl und Huber  
**Band:** 46 (1971)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Preis und Lohn : Schicksalsfragen für Gegenwart und Zukunft  
**Autor:** Meyer, Hans  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1080137>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Preis und Lohn

## Schicksalsfragen für Gegenwart und Zukunft

Mit zunehmender Beunruhigung verfolgt die Öffentlichkeit die immer rasantere Kaufkraftentwertung. «Inflation» ist zu einem Schreckgespenst geworden, das um so gefährlicher droht, als niemand weiß, wie die als richtig erkannten Massnahmen auch wirklich realisiert werden können. So gar darüber, wann man eigentlich von Inflation sprechen könne, gehen die Meinungen auseinander. In den sozial und wirtschaftlich unruhigen Ländern Südamerikas spricht man schon von Stabilität, wenn die Kaufkraftverringerung «nur» zehn bis fünfzehn Prozent erreicht. In der Bundesrepublik Deutschland legte der Präsident der Deutschen Bundesbank diese Markierung vor einigen Monaten noch bei zwei Prozent pro Jahr fest, und Bundesrat Nello Celio erklärte in der März-Nummer des «Schweizer Spiegel» 1970 noch: «Zwei bis drei Prozent pro Jahr in einem Wachstumstrend sind normal. . . Wenn die Preis-Lohn-Steigerung aber vier Prozent oder mehr erreicht, wird es gefährlich.» Dieser

Punkt ist inzwischen sogar schon überschritten. Wer ist schuld daran? Gegenseitig fordert man sich zur Disziplin auf: Lohnforderungen, so heißt es, müssten die Inflation unweigerlich antreiben; Preissteigerungen, so betont die Gegenseite, hätten konsequenterweise Lohnbegehren zur Folge. Die alte Frage, ob das Huhn oder das Ei zuerst gewesen sei, wiederholt sich am anderen Objekt. Darüber erhitzten sich die Gemüter, und noch mehr über die Folgen der Geldentwertung an sich. Deshalb war die Angestelltenvereinigung der Firma Gebrüder Sulzer AG, Winterthur, gut beraten, als sie die Lohn-Preis-Spirale zum Thema eines Podiumsgesprächs erkör. Um dieser Diskussion die notwendigen Grundlageninformation zu geben, referierte vorgängig Dr. Hans Meyer, Mitarbeiter der Schweizerischen Nationalbank, über die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge der Lohn- und Preisentwicklung. Aus seinem Referat seien die wichtigsten Abschnitte wörtlich wiedergegeben:

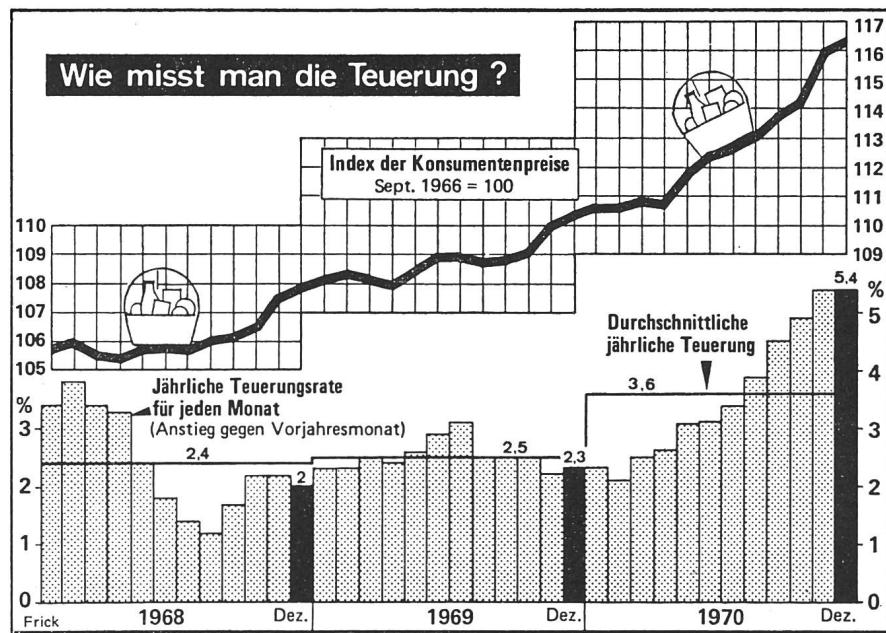
## Wirtschaftliche Zusammenhänge

Das Ziel der Wirtschaftstätigkeit besteht darin, mit den beschränkten zur Verfügung stehenden Mitteln ein Höchstmaß an Bedürfnissen zu befriedigen. Nach der im Westen vorherrschenden Auffassung kann dieses Ziel dann am besten erreicht werden, wenn sich die Wirtschaftstätigkeit nach den Spielregeln der freien Marktwirtschaft vollzieht. Der Staat hat danach durch die Schaffung und Erhaltung einer Rahmenordnung die Voraussetzungen für eine reibungslose Abwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten zu schaffen. Innerhalb die-

ser Rahmenordnung soll sich der Einzelne grundsätzlich uneingeschränkt am freien Wettbewerb beteiligen können.

Allgemein wird ein gleichmässiges wirtschaftliches Wachstum angestrebt, das heißt ein Wachstum unter weitestgehender Wahrung von Preisstabilität, hoher und stabiler Beschäftigung und einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz. Für die Verwirklichung dieser Zielsetzung ist in erster Linie von Bedeutung, dass die wirksame Nachfrage mit dem Angebot an Gütern und Dienstleistungen in Ein-

klang steht, das für ihre Befriedigung verfügbar ist. Alle konjunkturpolitischen Massnahmen werden letzten Endes im Hinblick auf die Erhaltung oder Wiederherstellung dieses Gleichgewichtes getroffen... Das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage kann von verschiedenen Seiten her in Frage gestellt werden. Erfahrungsgemäß kann eine Bedrohung zum Beispiel von einer zunehmenden Auslandsnachfrage, einer Defizitwirtschaft der öffentlichen Hand oder von übermässigen Lohnforderungen ausgehen. Für ein kleines, stark



Im letzten Jahr ist der Index der Konsumentenpreise um 5,4 Prozent gestiegen, nämlich von 110,3 auf 116,3 Punkte. Es ist jedoch ein Unterschied, ob dieser Index z.B. schon im Januar einen gewaltigen Sprung aufwärts macht, um nachher still zu stehen, oder ob er allmählich steigt. Insofern ist die Entwicklungskurve von besonderer Bedeutung.

mit der Weltwirtschaft verbundenes Land muss wohl die Möglichkeit eines

von aussen kommenden Impulses im Vordergrund des Interesses stehen.

## Der jüngste Wirtschaftsaufschwung in der Schweiz

Mit dem Jahre 1968 begann für die schweizerische Volkswirtschaft eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwunges, die schliesslich in den Zustand der Überhitzung mündete, in dem wir uns heute befinden.

Den Anstoß zu diesem Aufschwung gab in erster Linie die Entwicklung in einer Reihe unserer wichtigsten Partnerländer, zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan. Die Konjunkturbelebung in weiten Teilen des Auslandes hatte zur Folge, dass sich die Zuwachsrate unserer Ausfuhr an Gütern und Dienstleistungen 1968 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelte. Demgegenüber hielt sich der Zuwachs der Inlandsnachfrage in relativ engen Grenzen.

Die von der Aussenwirtschaft ausgehenden Impulse beeinflussten in wachsendem Masse das gesamte Wirt-

schaftsgeschehen. So brachte das Jahr 1969 neben einem anhaltend lebhaften Aussenhandel einen markanten Auftrieb im Bereich der Investitionen und des Konsums. Die grundsätzlich gleiche Tendenz setzte sich auch im Jahre 1970 fort; Ausfuhr und Inlandsinvestitionen erwiesen sich als hauptsächliche Auftriebsfaktoren.

Am Ausgangspunkt der jüngsten Aufschwungsphase war unsere wirtschaftliche Lage einerseits durch einen hohen Grad der Konkurrenzfähigkeit unserer Aussenwirtschaft und andererseits durch einen ausgeprägten Mangel an Arbeitskräften gekennzeichnet. Unter diesen Umständen be-

stand die Gefahr, dass sich relativ rasch ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herausbilden werde. Die Kreditinstitute waren dank ihrer liquiden Verfassung in der Lage, die rasch wachsende Nachfrage über die Kreditgewährung in wesentlichem Masse mitzufinanzieren. Im Hinblick auf das Ziel, die Kreditexpansion mit dem Wachstum der langfristigen Ersparnisse in Einklang zu bringen, erschien eine Begrenzung des Kreditzuwachses erwünscht. Diese Massnahme konnte im Herbst 1969 — das heisst also zu einem Zeitpunkt, da die Überhitzung schon in vollem Gang war — im Rahmen einer freiwilligen Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den Banken verwirklicht werden.

Im Winter 1969/70 befassten sich Bundesrat und eidgenössische Räte eingehend mit der wirtschaftlichen Lage. Mit dem Entschluss, auf eine Paritätsänderung zu verzichten, verband der Bundesrat die Absicht, den Kampf gegen die Überhitzungstendenzen mit einer Reihe von Massnahmen kredit-, fiskal- und aussenhandelspolitischer Natur zu führen.

Trotz der erwähnten Vorkehren und obwohl sich das Angebot der wachsenden Nachfrage aus dem In- und Ausland erstaunlich lange gewachsen zeigte, entwickelte sich mit der Zeit ein zunehmender Nachfrageüberhang. Inlandproduktion und Import vermochten die Ansprüche der privaten und öffentlichen Konsum- und Investitionsnachfrage sowie die Auslandsnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen immer weniger zu befriedigen.

Dementsprechend mehrten sich die Anzeichen der Überhitzung. So gewann das Ausmass der Preiserhöhungen an Breite und Intensität. Sodann hat sich der Lohnauftrieb seit ungefähr einem Jahr merklich beschleunigt.

## Lohnempfänger und Konjunkturverlauf

Welches ist die Lage der Lohnempfänger in der geschilderten Situation?

Die wirtschaftliche Überhitzung führt nicht zuletzt zu Spannungserschei-

nungen am Arbeitsmarkt. Grundsätzlich verbessert sich damit die Verhandlungsposition des Arbeitnehmers, der in die Lage versetzt wird, mit Aussicht auf Erfolg höhere Lohnforderungen zu stellen. Die Arbeitgeber werden im Hinblick auf den guten Geschäftsgang und die zunehmende Knappheit an Arbeitskräften relativ leicht geneigt sein, solchen Forderungen zu entsprechen... Gelingt dem Arbeitgeber die volle Überwälzung der Lohnkosten auf die Preise, dann wird die nominelle Lohnsteigerung um den Grad der Preissteigerung reduziert. Ist eine Überwälzung nicht möglich, dann führen unverminderte Lohnforderungen zu Gewinnreduktionen und damit früher oder später zu Arbeitslosigkeit.

Nun ist bekannt, dass eine hohe und stabile Beschäftigung eines der Hauptziele der staatlichen Wirtschaftspolitik darstellt. Es ist also damit zu rechnen, dass notfalls von dieser Seite

her die Voraussetzungen für eine weitgehende Überwälzung geschaffen werden. Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, dass der inflationäre Auftrieb von der Lohnseite her zusätzlich genährt wird. Abgesehen von den bekannten negativen Folgen der Inflation ist anzunehmen, dass damit die realen Lohnerhöhungen empfindlich zusammenschrumpfen würden.

Angesichts dieser Zusammenhänge wird seit einiger Zeit als möglicher Ausweg empfohlen, die Lohnerhöhungen am Massstab der durchschnittlichen Produktivitätsentwicklung der Volkswirtschaft auszurichten. Diese Lösung würde im Hinblick auf die Preisstabilität voraussetzen, dass die in überdurchschnittlich produktiven Branchen Beschäftigten eine gewisse Zurückhaltung üben, die ihren Niederschlag in Preissenkungen der von ihnen hergestellten Güter und Dienstleistungen zu finden hätte...

Gelegentlich wird eine aggressive

Lohnpolitik mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, dass sie ein geeignetes Mittel zur Veränderung der relativen Anteile der Lohn- und der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen sei. Die praktische Erfahrung lässt allerdings an der Richtigkeit dieser These zweifeln...

Auf jeden Fall ist die Tatsache festzuhalten, dass lohnpolitische Auseinandersetzungen unter den Bedingungen der freien Marktwirtschaft zur Verstärkung einer Konjunkturüberhitzung beitragen können. Ich ziehe daraus den Schluss, dass zum vorneherein danach getrachtet werden muss, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zu erhalten... Im Falle eines solchen Gleichgewichtes besteht einerseits kein ausgeprägter Mangel an Arbeitskräften. Andererseits sind die Arbeitgeber nicht in der Lage, zusätzliche Kosten ohne weiteres auf die Preise zu überwälzen oder aus ihren Gewinnen zu finanzieren. Beide Voraussetzungen sind aber für die erfolgreiche Durchsetzung von Lohnforderungen unerlässlich, die über das Mass dessen hinausgehen, was im Hinblick auf das Ziel eines wirtschaftlichen Wachstums im Gleichgewicht tragbar wäre.

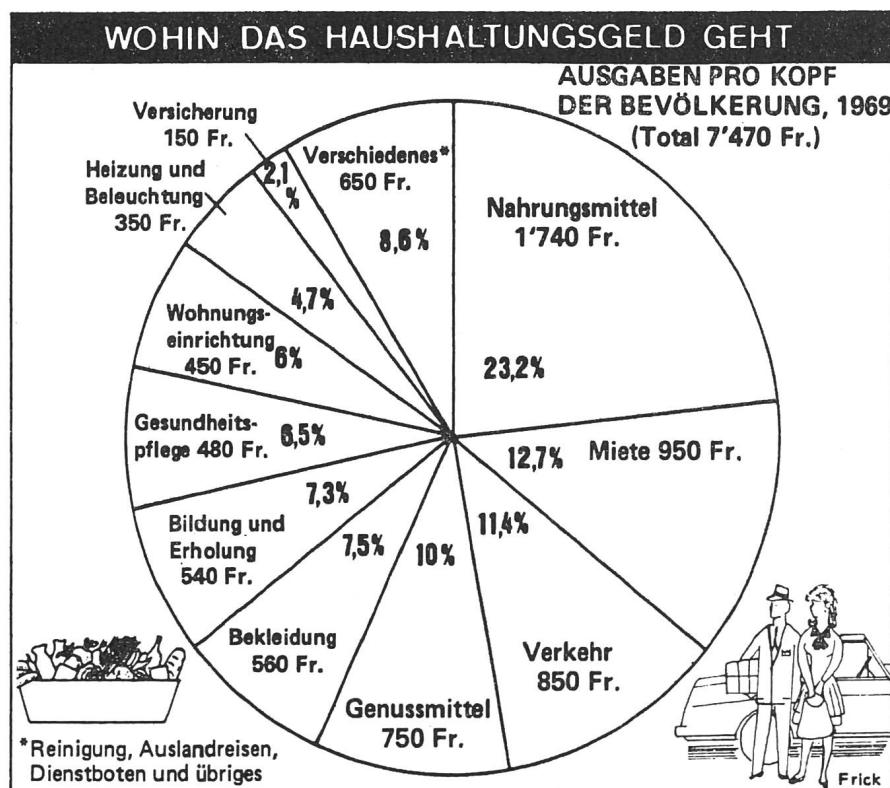
#### Schlussfolgerungen

Aus dem Gesagten möchte ich folgende Schlussfolgerungen ziehen:  
In erster Linie muss versucht werden, das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu erhalten. Seiner allfälligen Bedrohung muss durch den rechtzeitigen, energischen und koordinierten Einsatz konjunkturpolitischer Instrumente entgegengewirkt werden.

Die Erfüllung dieser Postulate setzt voraus,

- dass Gleichgewichtsbedrohungen rechtzeitig erkannt werden,
- dass ein konjunkturpolitisches Instrumentarium zur Verfügung steht,
- dass die einzelnen Instrumente rechtzeitig, energisch und koordiniert eingesetzt werden.

Wir haben gesehen, dass die freie



Die Nahrung macht noch immer den Hauptteil im Haushaltungsbudget aus, wenngleich ihr Anteil von Jahr zu Jahr sinkt. Hingegen nimmt die Miete einen langsam steigenden Teil in Anspruch, am schnellsten wachsen die Verkehrsausgaben.

Marktwirtschaft einer Rahmenordnung bedarf, die die reibungslose Abwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten gestattet. Wesentliche Bestandteile einer solchen Ordnung sind sowohl ein konjunkturpolitisches Instrumentarium wie auch Vorkehren, die dessen zweckmässigen Einsatz sicherstellen.

In einer demokratischen Gesellschaft besteht nun eines der Hauptprobleme

der Konjunkturpolitik darin, dass vorausgesetzt werden muss, dass die mit den Wirtschaftssubjekten weitgehend identischen Aktivbürger mit der Schaffung und Erhaltung einer solchen Rahmenordnung ihren eigenen Spielraum der freien wirtschaftlichen Entfaltung bewusst einschränken. Wenn auch eine solche Einschränkung mindestens auf lange Sicht in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse

liegt, so setzt sie doch ein Mass an Einsicht in die Gesamtzusammenhänge voraus, das nicht ohne weiteres vorhanden ist. Der Weg zu besseren Lösungen der sich in diesem Zusammenhang stellenden Probleme führt deshalb über eine Erziehungsarbeit im Sinne der Aufklärung über die grundlegenden gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge.

Dr. Hans Meyer

## Diskussion um Für und Wider

An diese Ausführungen schloss sich eine breit angelegte Diskussion an, in die schliesslich auch das Publikum — Mitglieder der Angestelltenvereinigung und andere Interessenten — eingreifen konnte. Am Gespräch, das vom Chefredaktor des «Schweizer Spiegel», Alphons Matt, geleitet wurde, nahmen teil:

Dr. Hans Meyer, Mitarbeiter der Schweizerischen Nationalbank, Nationalrat Marcel Hotz, Präsident der Vereinigung kantonalzürcherischer Angestelltenverbände (VKZA), Kantonsrat Edwin Bollmann, Mitglied der Angestelltenvereinigung Gebr. Sulzer AG (AVGS), Gemeinderat Peter Geilinger, Fabrikant, Winterthur,

Dr. Erich Schmid, Sekretär der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (V.S.A.),

Ing. Jacques Kaspar, Präsident Hausverband BBC, Baden, Robert Müller, Mitglied der Angestelltenvereinigung Gebr. Sulzer AG (AVGS).

Im folgenden seien einige besonders bedeutsame Voten sowie einige wichtige Publikumsfragen und deren Beantwortung herausgegriffen.

**Matt:** Unser Bemühen um die Eindämmung der negativen Auswirkungen der Hochkonjunktur sind eindeutig darauf zurückzuführen, dass die alte Hausmannsregel vom siebenjährigen Wechsel von Hochkonjunktur

und Rezession oder gar Krise nicht mehr gilt.

**Schmid:** Es gibt zwei Gesichtspunkte: Einerseits kann sich heute eine Regierung eine Krise schlechterdings nicht mehr leisten. Schon aus politischen Gründen muss jede Regierung alles nur Mögliche dagegen unternehmen. Zweitens ist festzustellen, dass in unserer Wirtschaft eine ganze Reihe von Faktoren auf ein gesteigertes Wachstum und einen weiteren Ausbau des Sozialstaates hinweisen (weiterer Ausbau der Infrastruktur usw.). Es wäre aber meines Erachtens falsch, daraus den Schluss zu ziehen, wirtschaftliche Rückschläge seien nicht mehr möglich. Dabei denke ich vor allem daran, dass unsere Wirtschaft immer komplizierter wird, dass das internationale Kreditgebäude zum Teil auf sehr wackligen Beinen steht, so dass es für einen Ökonomen sehr schwierig wird, eine definitive Prognose zu stellen, auch wenn der Grundtrend weiterhin das wirtschaftliche Wachstum fördert.

**Matt:** Der Hinweis darauf, dass sich eine Regierung eine Krise nicht mehr leisten könne, ist problematisch. Washington konnte sich in der Zwischenkriegszeit den berühmten «Schwarzen Freitag» auch nicht leisten. Deshalb die Frage: Ist man heute so weit, dass man eine Krise wirklich meistern kann?

**Hotz:** Wegen der internationalen

Wirtschaftsverflechtung ist diese Frage nicht leicht zu beantworten. Wohl deshalb ist auch Herr Dr. Schmid nicht darauf eingegangen. Nicht einmal die Nationalökonomen sind sich einig darüber. Dass ein Staat politisch gesehen sich bemüht, eine Krise zu verhüten, liegt auf der Hand. So haben wir in den vergangenen Jahren die Konjunktur weiterführen können, weil eben auch der Staat, nicht bloss die Privatwirtschaft, etwas dazu beigetragen hat. Hierin liegt der Schlüssel, dass Staat und Privatwirtschaft gemeinsam die Konjunktur so steuern, dass es jedem Staatsbürger gut geht.

**Matt:** Wo aber liegen die Grenzen zwischen den staatlichen Eingriffen und der freien Marktwirtschaft?

**Geilinger:** Es wird uns von gewissen Ländern mehr als deutlich vordemonstriert, dass allzu starke Eingriffe eben erst recht zur Desorganisation führen. Das will aber nicht heissen, dass wir nicht auch im Rahmen der freiheitlichen Staatsordnung gewisse Regelungen akzeptieren müssen. Es kommt in erster Linie darauf an, dass man im Rahmen der freien Wirtschaft der Industrie, dem Gewerbe, dem Handel und auch dem Dienstleistungssektor möglichst grosse Entfaltungsmöglichkeiten lässt, damit sich die Initiativen des einzelnen Unternehmens und der Wirtschaft optimal auswirken können. — Noch ein Wort zur

Krisenfestigkeit: Trotz der Hochkonjunktur gab es in gewissen Branchen immer wieder — auch in den letzten Jahrzehnten — rezessive Perioden, die das Gleichgewicht erheblich zu stören vermochten.

**Kaspar:** Im Blick auf die Vergangenheit ist es auffallend, dass man immer von der Lohn-Preis-Spirale gesprochen hat, nicht von der Preis-Lohn-Spirale, und gewöhnlich verband man dieses Bild mit der Zeichnung eines Hundes, der sich in den eigenen Schwanz beißt. Es ist fast verdächtig, dass man jetzt von dieser These nichts mehr hört. Vermutlich haben auch die Leute, die früher noch an diese Zusammenhänge glaubten, heute eingesehen, dass nicht die Löhne die Preise in die Höhe treiben. Die Statistik beweist inzwischen, dass andere Faktoren den Ausschlag geben. In den Zeitungen war in diesem Sinn vor allem von zwei Faktoren die Rede: Dass die Lebensmittelkosten und die Preise der Haushaltgegenstände in den letzten drei Jahren zweieinhalb Prozent stiegen, liegt noch in einem normalen Rahmen, aber die Mietzinse sind in drei Jahren fünfundzwanzig Prozent angestiegen, das Heizmaterial wie Rohöl und Kohle sogar weit über dreissig Prozent. Gegen Preissteigerungen des Heizmaterials wird man nicht sehr viel unternehmen können, denn wir müssen es ja schliesslich importieren, weshalb die Preise vom Ausland diktiert werden können. Die Zinssteigerungen aber sind eine Angelegenheit von uns selbst, eine Angelegenheit übrigens, die am meisten ins Gewicht fällt, da ja die Mieten nach der Statistik siebzehn Prozent der Löhne auffressen, in Städten und Industriezentren sogar noch mehr. Mietzins, respektive Hypothekarzinsanstiege wären noch normal, wenn zu wenig Geld vorhanden wäre. Aus den Ausführungen von Herrn Dr. Meyer war aber klar geworden, dass dies nicht der Fall ist, denn sonst hätten die Banken sich doch nicht zu Kreditrestriktionen entschlossen. Ob dies logisch ist, darüber kann man sich allerdings streiten.

Fest steht auf jeden Fall, dass die vier Grossbanken unseres Landes im Jahre 1969 nicht weniger als 372 Millionen Franken Reingewinn erzielten. Wenn man solche Zahlen hört, wundert es einen nicht mehr, dass in anderen Ländern die Banken nationalisiert werden. Sicher hätten unserem Bund die 372 Millionen Franken doch auch gut getan. Dabei ist noch zu bedenken, was ein Bankfachmann selbst sagte: dass Reingewinn immer nur jenes Geld ist, das mit aller Gewalt in keine anderen Reservefonds abgeführt werden kann.

**Geilinger:** So einfach ist das auch wieder nicht. Die Banken sind doch zum grössten Teil die ausführenden Organe ihrer Kunden. Da im Ausland, vor allem in Amerika, das Geld knapp war, wurde nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage eben eine sehr grosse Prämie bezahlt, was zum Beispiel den Euro-Dollar so attraktiv gestaltete. Wenn man schon an die Banken einen Appell zur Selbstdisziplin lanciert, ist dies ein Bumerang, der wieder auf uns zurückkommt. Dabei möchte ich auch an die Pensionskassen erinnern, die frisch und fröhlich darauf ausgehen, ihr Geld, das sie für den Wohnungsmarkt bereitstellen, möglichst günstig anzulegen, und sich ebenfalls nicht mit etwas bescheideneren Hypothekarzinsfüssen zufrieden geben wollen.

**Kaspar:** Trotzdem glaube ich: Wenn man Massnahmen ergriffen hätte, um die freie Ausfuhr des Kapitals zu stoppen, dann wären die Zinsen nicht so in die Höhe gegangen, folglich wären auch die Mietzinsen nicht so gestiegen und die Lebenskosten würden niedriger gehalten, und dann hätte man auch nicht von einer expansiven Lohnentwicklung reden können.

**Meyer:** Die Frage von Herrn Kaspar nach Löhnen und Preisen ist das Problem des Schwarzen Peters. Die Erfahrung zeigt, dass in der Regel beide Elemente zusammengespielt haben, Löhne und Preise. Auch die Frage, auf welchem Gebiet die Teuerung am massivsten gewesen sei, scheint mir nicht sehr fruchtbar. Was uns interes-

siert, ist der Durchschnitt. Auch in der Frage des Zinses ist eine Verkettung von Ursache und Wirkung festzustellen. Der Mangel an flüssigem Geld ist nicht einfach auf den Kapitalexport zurückzuführen. Auch nicht auf einen ungenügenden Sparwillen, denn es wird tatsächlich recht intensiv gespart. Trotzdem fehlen die langfristigen Mittel, und zwar einfach deshalb, weil die Nachfrage im Sog des Wirtschaftswachstums über das Angebot aus den Ersparnissen hinausgeht. Der Kapitalexport spielt also keine so entscheidende Rolle.

**Matt:** Herr Dr. Meyer betonte, es sei müssig, darüber zu diskutieren, ob die Löhne oder die Preise am Anfang der inflationären Entwicklung standen. Trotzdem werden von Unternehmerseite immer wieder Appelle zum Masshalten in Lohnforderungen laut. Will man denn dort doch glauben machen, die Lohnbegehren seien der Anfang des Übels?

**Müller:** Wir von der Angestelltenseite können uns — besonders in der Maschinenindustrie — gegen den Vorwurf erwehren, dass die Lohnforderungen wesentlich zum allgemeinen Ansteigen der Preise beigetragen haben. Wir wissen um die Notwendigkeit eines gesunden Gleichgewichtes. Im übrigen hinken wir mit Lohnbegehren, die wir ja immer erst geltend machen können, wenn die Preissteigerungen ausgewiesen sind, hintendrein.

**Meyer:** Es ist das Stichwort Masshalten gefallen. Dazu möchte ich etwas sagen. Ich bin nicht überzeugt, dass es richtig ist, wenn man im Zustand des Ungleichgewichtes, also der Überhitzung oder einer Teuerungsperiode, von den einzelnen Wirtschaftsteilnehmern Selbstdisziplin verlangt. Damit möchte ich nun wieder nicht sagen, es sei besser, wenn jeder rücksichtslos private Interessen vertrete. Mir scheint aber, dass die Selbstdisziplin vor allem dort zum Tragen kommen muss, wo der einzelne als Bürger aufgerufen ist, dazu beizutragen, dass es überhaupt nicht zu einer Überhitzung kommt. Ich bin



## Die Teuerung und die Gottergebenen

Die AHV hat's gegeben  
Die Inflation hat's genommen  
Der Name der Höchsten Wirtschaftslenker sei gelobt —

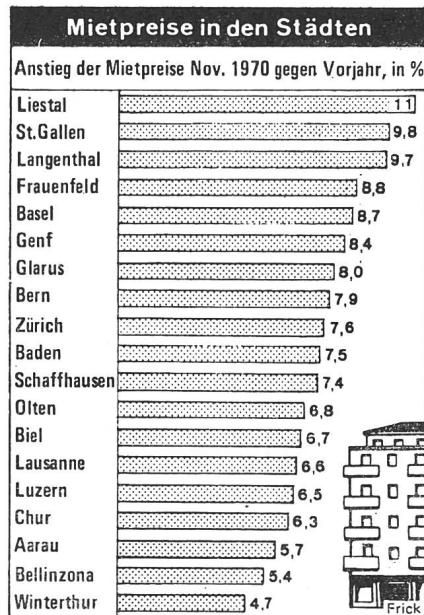
mir bewusst, dass diese Aussage in einem Zeitpunkt, in dem das Ungleichgewicht schon da ist, nicht viel aussagt. Die Erfahrung zeigt aber, dass es immer wieder Wellenbewegungen gibt und dass also der Moment kommen wird, in dem man vor einem neuen Aufschwung steht. In diesem Augenblick hat dann die erwähnte Forderung ihre volle Bedeutung.

**Matt:** Gewisse Lohnerhöhungen sind sicher gerechtfertigt. Welche Art von Lohnerhöhung aber ist volkswirtschaftlich gerechtfertigter, jene, die auf einem festen Prozentsatz basiert, oder die andere, die individuell auf die Leistung abgestimmt ist?

**Bollmann:** Die Lohnerhöhung muss sich zusammensetzen aus dem Anteil, der sich aus der allgemein vorhandenen Teuerung ergibt, und dann aus einer Reallohnerhöhung. Mit dem Leistungslohn könnte man die sogenannten «Minimalisten» auf den reinen Teuerungsausgleich zurücksetzen.

**Matt:** Aus dem Publikum ist mir eine Frage zugegangen, die vielleicht jetzt am Platze ist: Jahrelang schon spricht man von einem Preisstopp, warum ist er noch nie Wirklichkeit geworden? Die Frage darf ich Herrn Schmid weitergeben.

**Schmid:** Vor allem deshalb, weil ein Preisstopp mit unserem Wirtschaftssystem nicht vereinbar ist. Das gleiche gilt aber auch auf der Lohnseite. Das wäre kein Weg zur Teuerungsbekämpfung, ebenso wenig wie die moralischen Appelle, die auf eine helvetische Schizophrenie hinauslaufen. Das Problem muss auf anderer Ebene gelöst werden. Auf betrieblicher Ebene sollte in erster Linie mehr Information gegeben werden. Wenn man nicht weiß, wie gross die Gewinne sind, hat eine Diskussion darüber, wie die Löhne zu den Gewinnen stehen sollen, gar keinen Sinn. Auf Verfassungsebene weiß man im Grunde, was nötig ist, aber man hat den politischen Willen dazu nicht, und zwar — wie alt Bundesrat Schaffner sagte — weil unser Kompromissmechanismus darauf abzielt, dass man nach dem Gesetz der mittleren Unzufriedenheit



Winterthur verzeichnet mit 4,7 Prozent die geringsten Mietpreissteigerungen der verglichenen Städte, Liestal mit 11 Prozent die höchsten. Der Wohnungsbau leidet weiterhin unter der wirtschaftlichen Überhitzung.

vorgeht. Preis- und Lohnstopp ist also nicht die Lösung, wenngleich zum Beispiel in Gesamtarbeitsverträgen eine gewisse Zurückhaltung getübt werden sollte und tatsächlich auch wird, genauso wie die Hauseigentümer — ich selbst bin kein Hauseigentümer — zugegebenermaßen Hand geboten haben zu einem gewissen Stillhalten. Aber die Auswirkungen all dessen bleiben in bescheidem Rahmen.

**Hotz:** Bisher sprachen wir immer von den Lohnerhöhungen. Es spielen aber noch viele andere Faktoren mit. Meiner Meinung nach muss das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft grundlegend neu überdacht werden, was in gewissen Punkten sogar einer Verfassungsrevision rufen dürfte. Es gibt aber noch andere Probleme, die mit dem ganzen Problemkreis zusammenhängen. Ich denke an Regional- und Landesplanung. Wir können es uns nicht mehr leisten, wahllos irgendwo zu bauen und dann den Staat aufzufordern, dort eine Strasse, eine Eisenbahnlinie oder einen Bus usw. hinzuführen.

**Meyer:** Was Herr Hotz sagte ist richtig: wir müssen uns überlegen, ob die Aktivität des Staates nicht grösser werden soll. Meiner Meinung nach muss eine klare grundsätzliche Trennung in dem Sinn bestehen, dass der Staat verantwortlich ist für die Setzung der Bedingungen, die ein Gleich-

gewicht zwischen Angebot und Nachfrage garantieren. Innerhalb des so abgesteckten Feldes soll das Spiel frei sein.

**Geilingen:** Ein Blick in die Nachbarschaft nach Norden, Süden oder West und Ost zeigt, dass es diesen Staaten trotz aller möglichen staatlichen Manipulationen nicht gelang, die Lage besser zu meistern als wir. Das wird auch der Grund sein, weshalb viele Leute bei uns mit Recht gegen allzu starke Eingriffe von behördlicher Seite misstrauisch sind.

**Matt:** Hierzu gehört eine ebenfalls aus dem Publikum eingegangene Frage. Sie beschäftigt sich mit einer konkreten Eingriffsmöglichkeit der Behörde, mit einem Eingriff allerdings, auf den bewusst verzichtet worden war. Die Frage lautet: Hat man den Schweizer Franken nur deshalb nicht parallel zur Deutschen Mark aufgewertet, weil man Angst hatte, die Grossverdiener könnten an ihren horrenden Gewinnen Einbussen erleiden, die nicht mehr abwälzbar wären auf das arbeitende Volk?

**Meyer:** Diese Frage kann ich mit gutem Gewissen mit Nein beantworten. Ein Hauptproblem einer Aufwertung liegt darin, dass es sich um eine Massnahme handelt, bei der in einem ganz bestimmten Moment und in einer ganz bestimmten Grössenordnung entschieden werden muss, wogegen man in Bezug auf eine eindeutige Diagnose doch recht grosse Mühe hat. Daraus ergibt sich ein verständliches Zögern gegenüber diesem Eingriff. Der Grund dafür, dass damals, als die D-Mark aufgewertet wurde, mit dem Schweizer Franken nicht nachgezogen wurde, liegt einfach darin, dass sich im Kräftespiel der Meinungen jenes Resultat ergab, das einen Verzicht beinhaltete. Das hatte zur Folge, dass der Bundesrat dann mit einer Reihe anderer Massnahmen sein Ziel zu erreichen versuchte.

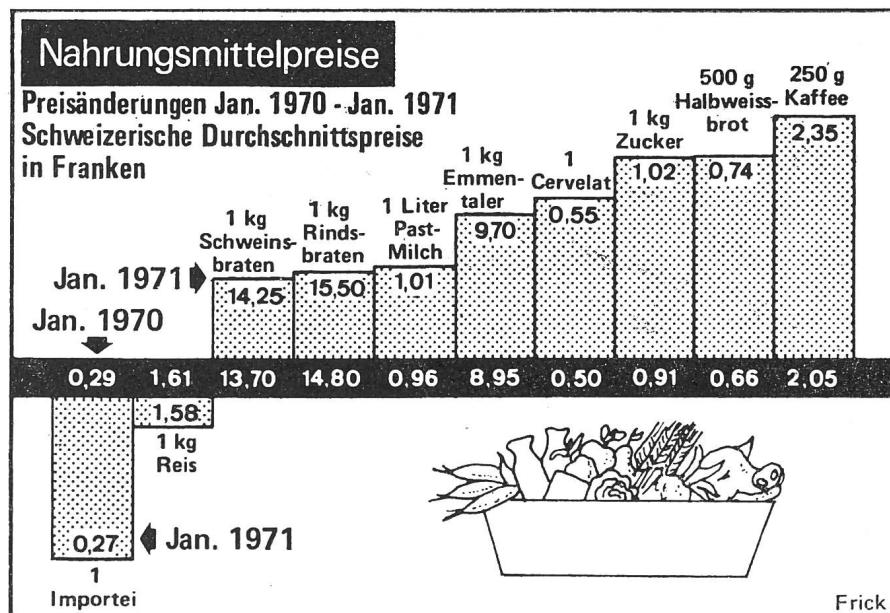
**Matt:** Neben all diesen Aspekten bleibt die Frage offen, ob und wie sich der einzelne Bürger, der Konsument nämlich, gegen Preissteigerungen wehren kann.

**Müller:** Ich bin überzeugt, dass dies nur durch ein marktkonformes Verhalten möglich ist. Wenn der Konsument sich nicht allzu sehr durch die Werbung verführen lässt, wenn er also nur jene Waren anschafft, die er zum Leben und eventuell noch zu einem bescheidenen Wohlstand nötig hat, dann müsste vermutlich auch der Produzent sich umstellen und die Konsequenzen ziehen.

**Schmid:** Dazu muss ich wiederholen, was ich schon gesagt habe. Ich bin überzeugt, dass solche moralischen Appelle nichts fruchten. Ich kann Ihnen sogar den Beweis dafür erbringen. Nirgends sind die Einkommensverhältnisse und der Lebensstandard so gestiegen wie bei den Pfarrherren. Im Kantonsrat hat man beschlossen, ihr Gehalt um 25 Prozent zu erhöhen, und kein einziger Pfarrer ist gekommen, um sich dagegen zu wehren. Wenn solche Appelle also nicht einmal bei den Pfarrern nützen, was wollen wir dann von uns anderen erwarten? Im Übrigen glaube ich, kann man sich auch ganz ruhig einmal über den erreichten Wohlstand freuen. Dass es heute in unserem Land den meisten Leuten, leider noch nicht allen, möglich ist, anständig zu leben, ist doch eine der ganz grossen Errungenschaften, um die wir gekämpft haben und noch kämpfen. Zugegeben: es gibt Auswüchse, und die soll man nicht fördern.

**Matt:** Genau das, was Sie verlangt haben, Herr Schmid, tun nun eben auch die Pfarrer. Sie freuen sich über die erhaltenen 25 Prozent Lohnverbesserung, die sie nebenbei ohne gewerkschaftlichen Druck erreicht haben, und das scheint mir in diesem Zusammenhang eigentlich das erstaunlichste.

**Kaspar:** Vielleicht ist jetzt gegen Ende dieser Diskussion ein Wort der Erklärung nötig. Wer nämlich erwartet hat, von diesem Podiumsgespräch ein Allheilmittel kennen zu lernen, mit dem die Teuerung wirksam bekämpft werden könnte, der muss enttäuscht sein. Wir haben nämlich wirklich ebenfalls kein Allheilmittel zur Hand.



Inlandprodukte wie Fleisch, Brot und Milch, aber auch Importwaren wie Zucker und Kaffee haben wesentlichen Anteil an der Preishölzung der Nahrungsmittel.

Teuerung wird es immer geben, schon allein deshalb, weil viele Leute davon profitieren. Nicht zuletzt die Schuldner, die gutes Geld aufnehmen und dann in weniger gutem zurückzahlen. Zu diesen Schuldnern aber gehört auch der Staat. Damit muss man sich abfinden. Die Teuerung wird weitergehen, und wenn sie nicht allzu

stark überhand nimmt, müssen wir zufrieden sein.

**Matt:** Es geht — seit Jahrzehnten — um die richtige wirtschaftspolitische Erkenntnis. Sie muss basieren auf unserem freiheitlichen Wirtschaftssystem, denn an dem wird niemand, dem die Freiheit etwas wert ist, rütteln wollen. Vielen Dank.

## Gespräch mit dem Publikum

**Frage:** Herr Dr. Meyer sagte, die Banken hätten das Kreditwesen im richtigen Rahmen gehalten. Wie kommt es denn, dass in der ganzen Schweiz Betriebe wie Pilze aus dem Boden schiessen?

**Meyer:** Erstens habe ich nicht den Eindruck, dass unzählige Betriebe aus dem Boden schiessen, im Gegenteil: man legt zusammen und man rationalisiert. Zweitens aber habe ich nie gesagt, die Banken seien mit der Kreditexpansion im Rahmen geblieben. Sie haben vielmehr diesen Rahmen gesprengt. Das war ja der Grund für die Kreditbegrenzung.

**Frage:** Hat diese Kreditbegrenzung den gewünschten Erfolg gehabt?

**Meyer:** Sie ging vom Kreditvolumen eines bestimmten Stichtages aus und gewährte von dort weg nur noch eine Expansion im einem bestimmten Rahmen, zum Beispiel innerhalb von zehn Prozent. Was aber vor diesem Stichtag geschehen war, konnte nicht korrigiert werden.

**Frage:** Warum mussten die Banken innerhalb eines Jahres elf Prozent mehr Personal haben?

**Schmid:** Tatsächlich haben wir in der Schweiz mehr Banken und Bankfilialen als Zahnärzte. Es ist wirklich eine ungeheure Expansion des Bankwesens festzustellen, aber die Objektivität verbietet mir, nun einfach den Banken den Schwarzen Peter zuzu-

schieben, denn wir alle — ob rechts oder links, ob unten oder oben — wir alle tragen Mitschuld an der Teuerung.

**Frage:** Was produzieren denn eigentlich die Banken?

**Schmid:** Einfach Dienstleistungen.

**Geilinger:** Bleiben wir beim Praktischen: Seit einiger Zeit beziehen die Arbeitnehmer der Firma Gebrüder Sulzer den Lohn teilweise in Form von Bankschecks. Deshalb hat der Bankverein extra wegen der Sulzer-Arbeitnehmer in nächster Nähe eine neue Filiale eröffnet. Muss das so sein?

**Frage:** Bundesrat Celio erklärte im letzten November, die Inflation sei abhängig von der zur Verfügung stehenden Geldmenge. Der Notenumlauf der Nationalbank betrug 1939 rund 1,8 Milliarden, 1970 rund 12 Milliarden Franken. Muss da nicht die Nationalbank als Hauptschuldiger für die Teuerung angeklagt werden?

**Meyer:** Die Abhängigkeit der Inflation von der Geldmenge ist unbestritten. Wichtiger aber als das Notengeld ist jenes, das nur in den Büchern der Banken besteht. Dieses Buchgeld entsteht durch Kreditgewährung. Es ist das Ziel aller notenbankpolitischen Massnahmen, auf die Liquidität der Banken und damit auf ihre Fähigkeit, Kredite zu gewinnen, einzutreten.

Am Winterthurer Rund-Tisch-Gespräch kamen einzelne Aspekte, die eigentlich berücksichtigt werden müssten, zu kurz. Weil es bewusst an die Angestelltenchaft gerichtet war, fehlte zum Beispiel ein Gewerkschaftsvertreter. Trotz dieses Mangels schien uns die Wiedergabe der Diskussion lohnend, illustriert sie unseres Erachtens doch deutlich die Grenzen der Möglichkeiten. Wer aufmerksam das Frage- und Antwortspiel liest, wird erkennen, dass die Problematik zwar recht gross ist, dass aber wissenschaftlich doch konkrete Lösungsvorschläge vorliegen. Die Schwierigkeit liegt eigentlich anderswo: in der Frage zum Beispiel, ob die Nachteile einer inflationären Entwicklung höher zu bewerten seien als jene einer staatlichen Intervention, in der Frage auch, ob die Vorteile des sich stets steigernden Wohlstandes nicht durch Nachteile des Systems aufgehoben werden. Mit anderen Worten: Es stellt sich die Frage, wie weit wir bereit sind, den eigenen Egoismus zu überwinden, um den als richtig erkannten Massnahmen zur Wirksamkeit zu verhelfen. Dies aber ist keine ausgesprochen volkswirtschaftliche Frage mehr, und in diesem Sinn muss jede Diskussion über die Zusammenhänge von Preis und Lohn zu einer ganz persönlichen Gewissenserforschung werden.

Wenn dies bisher nur unvollkommen geschah, so einzig deshalb, weil man nicht über genügende Einflussmöglichkeiten verfügte.

**Frage:** Weshalb ist es nicht möglich, eine konstante, eventuell sogar monatliche Lohnanpassung, ausgehend von einem Grundgehalt und ausgerichtet auf den Landesindex der Konsumtentpreise durchzuführen?

**Kaspar:** Dies ist praktisch nicht möglich. Jetzt haben wir die Anpassung jährlich, wobei man vielleicht insofern etwas ändern könnte, indem man nicht immer hintennachhinkt, sondern einmal auch vorausblickt. So wären dann die Arbeitnehmer nicht immer unbedingt die Leidtragenden. In diesem Zusammenhang möchte ich mich ganz entschieden wehren gegen den Ausdruck «aggressive Lohnpolitik». Die schweizerischen Arbeitnehmer haben sich — dessen bin ich sicher — massvoll verhalten. Natürlich sind Preise von Löhnen und Löhne von Preisen bis zu einem gewissen Grad abhängig. Es soll mir aber niemand erzählen, der Export wäre gefährdet, wenn man die Löhne in der Schweiz den Preissteigerungen anpasse, denn Preise und Löhne steigen in der Schweiz weniger stark an als im Ausland. Der Schweizer Export wird also unter diesen Umständen immer konkurrenzfähig bleiben.

## Zitate

Wir dürfen mit einiger Sicherheit davon ausgehen, dass die Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung inskünftig weiterhin — wenn auch etwas langsamer — wachsen werden.

*Wochenbericht des Bankhauses Julius Bär*

Wir stehen heute in einer Phase der Konjunkturteilung, in der zusätzliche Dämpfungsmassnahmen an der Teuerung und vor allem an der Indexsteigerung nichts mehr Wesentliches zu ändern vermögen.

*Bundesrat Ernst Brugger*

Eine Verschärfung der Geldentwertung wird, insbesondere in den nächsten paar Jahren, kaum zu vermeiden sein. Neben der fortschreitenden Austrocknung des Arbeitsmarktes liegt ein weiterer Grund für diese Erwartung im Faktor Zeit: eine vermehrte Mechanisierung und Automatisierung lässt sich nicht über Nacht bewerkstelligen, und der Strukturwandel ist seiner Natur nach eine langfristige Erscheinung.

*Prof. Dr. Francesco Kneschaurek*

Wenn die Konjunkturpolitiker einmal soviel Glück beim Ankurbeln der Wirtschaft haben sollten wie jetzt — weltweit gesehen — bei der Bekämpfung der Inflation: Dann wehe uns!

*Werner Meyer*

Wir wissen, dass Prognosen meistens nicht stimmen, aber trotzdem ist es amüsant, sie aufzustellen.

*Prof. Dr. H. Binswanger*

Nicht zu übersehen ist, dass für eine erfolgreiche Konjunkturpolitik in unserem Land nicht so sehr die Zahl der verfügbaren gesetzlichen Interventionsmittel als der allgemeine Sinn für Masshalten sowie der politische Wille entscheidend sind, die vorhandenen Werkzeuge wirksam und zeitgerecht einzusetzen.

*Geschäftsbericht der Schweiz. Kreditanstalt*